

FAZ 28.06.2013

## Vorranggebiete für Windräder

### CDU und FDP ändern Landesentwicklungsplan

ler. WIESBADEN. CDU und FDP im Landtag haben gestern die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Gebiete „in der Größenordnung von zwei Prozent der Landesfläche“ für Windräder reserviert werden. Die Regierungsfractionen stimmten einer Änderung des Landesentwicklungsplans zu, wie sie beim Energiegipfel vor eineinhalb Jahren vereinbart worden war. SPD, Grüne und Linkspartei kritisierten, dass es zu viele Restriktionen für den Bau von Windkraftanlagen gebe. Es sei daher zu befürchten, dass das Zwei-Prozent-Ziel nicht erreicht werden könne. Wirtschaftsminister Florian Rentsch (FDP) widersprach: „Wir konzentrieren die Windkraftanlagen an den effizientesten Standorten, um Lärmbelästigung zu vermeiden, den Anblick und Erholungswert der Landschaft zu bewahren und die Energiewende bezahlbar zu gestalten.“ Damit werde die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung sichergestellt.

„Wir wollen eine abgewogene Energiewende“, äußerte der CDU-Landtagsabgeordnete Peter Stephan. Nur mit eindeutigen Kriterien könnten die unterschiedlichen Wünsche der Menschen auf einen Nenner gebracht werden. Der „ideologische Rigorismus“ der Opposition gefährde hingegen den Erfolg der Energiewende, und der sei wichtiger als die bloße Zahl der Windräder. Der SPD-Abgeordnete Timon Gremmels kündigte an, dass der Landesentwicklungsplan im Falle eines Wahlsieges von Rot-Grün wieder geändert werde. Angela Dorn (Die Grünen) warf der schwarz-gelben Koalition vor, sie missbrauche den Naturschutz, um die Umstellung auf erneuerbare Energien zu verhindern.

Die von der Landtagsmehrheit beschlossene Verordnung sieht vor, dass Windräder einen Mindestabstand von 1000 Metern zur Wohnbebauung haben müssen. Zudem muss an den Standorten eine durchschnittliche Windgeschwindigkeit von wenigstens 5,75 Meter je Sekunde in 140 Meter Höhe herrschen. In einer Anhörung des Landtags hatten Experten dafür plädiert, auch andere Standorte nicht grundsätzlich auszuschließen.

Außerhalb der von den Regionalversammlungen in Nord-, Mittel- und Südhessen zu definierenden Vorranggebiete sind Windenergieanlagen ausgeschlossen. „Damit beenden wir den Wildwuchs“, sagte Minister Rentsch. Mit der Änderung des Landesentwicklungsplans werde zudem der Bau von Windrädern im Nationalpark Kellerwald-Edersee, in Naturschutzgebieten, Bann- und Schutzwäldern sowie in den Kernzonen der Welterbestätten sowie des Biosphärenreservats Rhön unmöglich.